

# Denkwürdigkeiten



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 106  
Februar  
2018

Herausgegeben vom Vorstand  
der Politisch-Militärischen Gesell-  
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

Erneuerungsdruck bewegt heute allenthalben etablierte Akteure, Strukturen und Prozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Und ganz anders als beim Beamtenmikado gilt – wer sich nicht bewegt, hat verloren. Das Ringen um die Große Koalition belegt dies ebenso wie das Ringen um Sicherheit und Stabilität, Macht und Einfluss im europäischen wie auch im Mittleren Osten, in Asien und in Afrika.

Wann waren Deutschland, Europa und die NATO mit Blick auf innere und äußere Sicherheit in den letzten Jahrzehnten so fragil wie heute? Ich persönlich kann mich nicht erinnern. Und wann hatten wir Sicherheitsrisiken so wenig entgegenzusetzen? Die 70er waren voller Aufbruch. Die 80ziger waren die goldenen Jahre. Die 90er waren voller goldener Versprechen. Danach setzte sich der Anspruch auf eine Dividende in Gang, die bis heute ihre Tribute einfordert. Im Ergebnis steht vieles in Frage – Bildung und Technologie, innere und äußere Sicherheit, Wertebasis und internationale Ordnung, vielleicht auch unsere Prosperität und sogar unsere freiheitlich demokratische Grundordnung?

In Deutschland, Europa und der NATO können wir uns nur wünschen, dass unsere Entscheidungsträger und politischen Eliten zügig den Weg finden von goldenen Versprechen zu belastbaren Leistungen – zu Deliveries. Die alljährliche Münchner Sicherheitskonferenz ist ante portas. Wir werden hören wer den Ton angibt – Töner oder die Deliverer?

Die Beiträge dieser Denkwürdigkeiten setzen hierzu einen Orientierungsrahmen.

*Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender*

## In dieser Ausgabe

### 2 Internationalisten und Realisten: Unterschiedliche Weltansichten dies- und jenseits des Atlantiks

Dr. Josef Braml

### 3 Zeit der Krisen: Perzeption und Prioritäten. Ein Projektbericht

Dr. Hans-Ulrich Seidt

### 5 Innovation auf Befehl?

Dr. Heiko Borchert

### 7 Präsidentschaftswahl in Russland

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

### 8 U.S. Military Capabilities and Forces for a Dangerous World - Rethinking the U.S. Approach to Force Planning

Excerpt of the RAND Report

## IMPRESSUM

### Denkwürdigkeiten

Journal der  
Politisch-Militärischen  
Gesellschaft e.V.

Herausgeber  
Der Vorstand der pmg

Redaktion  
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)  
E-Mail: info@pmg-ev.com  
Webseite: www.pmg-ev.com

Die *Denkwürdigkeiten* erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.



THEMEN

## Innovation auf Befehl?

*Selbstsicher steht die Polizistin vor dem Journalisten. Sie richtet ihre mit automatischer Gesichtserkennung ausgestattete Brille zurecht und konstatiert: „Seit der Verwendung dieser neuen Brille haben wir sieben verdächtige Personen festgenommen, die Kleindiebstähle verübt haben oder in den illegalen Menschenhandel involviert waren. Zudem gingen uns 26 Personen mit gefälschter Identität ins Netz!“*

Ein Zukunftsszenario? Nein! Seit einigen Tagen macht das Bild dieser Polizisten aus der chinesischen Stadt Zhengzhou in Onlinemedien<sup>5</sup> die Runde. Ist die Entwicklung einer solchen Anwendung auch in Deutschland möglich? Ja, wenn man den Koalitionsvertrag der voraussichtlich neuen Bundesregierung beim Wort nimmt.

Diese bekennt sich zur Technologieführerschaft. Deshalb will sie einen IT-Sicherheitsfonds zum Schutz sicherheitsrelevanter Schlüsseltechnologien aufsetzen und eine „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüsseltechnologien“ (ADIC) einrichten. Beide Instrumente stehen unter der Federführung des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesministeriums des Inneren.

Das Bekenntnis trifft den Zeitgeist. Innovation als Schlüssel der Zukunftssicherung lautet ein Kapitel im Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr.<sup>6</sup> Bereits 2010 machte sich Innenminister de Maizière in seinen „14 Thesen zu den Grundlagen einer gemeinsamen Netzpolitik der Zukunft“<sup>7</sup> stark für die

<sup>5</sup> „Chinese police don high-tech glasses to nab suspects“, The Japan Times, 7. Februar 2018, [www.japantimes.co.jp/news/2018/02/07/asia-pacific/crime-legal-asia-pacific/chinese-police-don-high-tech-glasses-nab-suspects](http://www.japantimes.co.jp/news/2018/02/07/asia-pacific/crime-legal-asia-pacific/chinese-police-don-high-tech-glasses-nab-suspects) (letzter Zugriff für diese und alle anderen zitierten Online-Quellen: 13. Februar 2018).

<sup>6</sup> [www.bmvg.de/de/themen/weissbuch](http://www.bmvg.de/de/themen/weissbuch).

<sup>7</sup> [netzpolitik.org/2010/14-thesen-zu-den-grundlagen-einer-gemeinsamen-netzpolitik-der-zukunft/](http://netzpolitik.org/2010/14-thesen-zu-den-grundlagen-einer-gemeinsamen-netzpolitik-der-zukunft/).

„Wahrung der technologischen Souveränität des Staates“. Dazu sollen nationale Kernkompetenzen erhalten werden.

Auch international ist die Forderung nach Innovation in Sicherheit und Verteidigung im Trend. 2014 lancierte der damalige US-Verteidigungsminister Chuck Hagel eine umfassende Innovationsoffensive.<sup>8</sup> Unter dem Stichwort „Third Offset“ stellt sie eine Reaktion auf die Tatsache dar, dass geostrategische Herausforderer wie China und Russland technologisch zu den USA aufschließen und deren uneingeschränkte Fähigkeit zur Machtprojektion konkurrenzieren. Ein Jahr später sieht die britische Regierung in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie<sup>9</sup> Innovation als unerlässliche Grundlage der nationalen Sicherheit. Und in Frankreich wird aus Kreisen, die dem Präsidenten nahe stehen, seit Herbst 2017 die Joint European Disruptive Initiative (JEDI) vorangetrieben.<sup>10</sup> Sie soll vergleichbar der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) in den USA risikoreiche Technologieentwicklung in Europa unterstützen.

Soviel Übereinstimmung in der Dringlichkeit einer Sachfrage ist erfreulich, aber auch etwas suspekt. Erfreulich, weil ein gemeinsamer Ansatz von Verteidigungs- und Innenministerium mehr als zehn Jahre nach dem Bekenntnis zur Vernetzten Sicherheit endlich Ernst machen könnte mit einer Initiative, die Technologie auf die Bedürfnisse der inneren und äußeren Sicherheit ausrichtet. Suspekt, weil das große Risiko besteht, dass unter hehren Worten verpackt wird, woran sowieso schon gearbeitet wird – oder noch schlimmer, dass Schwerpunkte einseitig gesetzt werden.

<sup>8</sup> The Defense Innovation Initiative. Memorandum for Deputy Secretary of Defense, Washington, D.C., 15. November 2014, [archive.defense.gov/pubs/OSD013411-14.pdf](http://archive.defense.gov/pubs/OSD013411-14.pdf).

<sup>9</sup> National Security Strategy and Strategic Defence and Security Review 2015. A Secure and prosperous United Kingdom (London: HM Government, 2015), Para. 6.35.

<sup>10</sup> „Pour une initiative européenne sur l'innovation de rupture“, Le Monde, 18. Oktober 2017, [www.lemonde.fr/economie/article/2017/10/18/pour-une-initiative-europeenne-sur-l-innovation-de-rupture\\_5202760\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2017/10/18/pour-une-initiative-europeenne-sur-l-innovation-de-rupture_5202760_3234.html)

Das Risiko der Einseitigkeit ist in der Tat groß. Sowohl Innovation als auch Disruption klingen gut, weil aus der Start Up-Welt bekannt sind und als modern gelten. Wer möchte nicht, dass Erfolge wie die sichere Landung der Falcon Heavy-Trägerraketen des privaten Raumfahrtunternehmens Space X die nationale Sicherheit beflügeln?<sup>11</sup> Nur, so paradox es klingen mag. Der staatliche Sicherheitsapparat ist im Kern nicht auf Disruption, sondern auf Kontinuität ausgerichtet, denn nur so ist er in der Lage, im ultimativen Krisenfall eine Mindesthandlungsfähigkeit des Staates sicherzustellen.

Wer also Innovation und Disruption in Sicherheit und Verteidigung möchte, muss umsichtig vorgehen. Die Literatur zur Anpassung von Streit- und Sicherheitskräften ist umfassend und macht eines deutlich.<sup>12</sup> Veränderung ist – darin unterscheiden sich Streit- und Sicherheitskräfte nicht von Unternehmen – das Ergebnis einer Kombination aus Kultur-, Konzept-, Organisations- und Technologieentwicklung. Das Problem ist jedoch, dass dieses Viereck einseitig auf die Technologie ausgerichtet ist. Bildlich gesprochen: Die Technologieentwicklung rennt den anderen drei Dimensionen voraus. Das Ergebnis ist ein Anwendungsumfeld, das nicht reif genug ist, technologische Neuerungen aufzunehmen, weil diese möglicherweise nicht verstanden werden, ihr Mehrwert im Einsatz unklar ist oder kulturelle Widerstände einen Abstoßungseffekt auslösen.

<sup>11</sup> Brad Jones, „The Falcon Heavy just launched successfully. Next stop, Mars“, Futurism, 6. Februar 2018, [futurism.com/falcon-heavy-launched-next-stop-mars/](http://futurism.com/falcon-heavy-launched-next-stop-mars/).

<sup>12</sup> Dima Adamsky, The Culture of Military Innovation. The Impact of Cultural Factors on the Revolution in Military Affairs in Russia, the US and Israel (Stanford: Stanford University Press, 2010); Tai Ming Cheung et al., „Frameworks for Analyzing Chinese Defense and Military Innovation“, in ders. (ed.) Forging China's Military Might. A New Framework for Assessing Innovation (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 2014), S. 15-46; Michael C. Horowitz, The Diffusion of Military Power. Causes and Consequences for International Politics (Princeton: Princeton University Press, 2010); Williamson Murray and Macgregor Knox, „Thinking about revolutions in warfare“, in Macgregor Knox and Williamson Murray (eds.), The Dynamics of Military Revolution: 1300-2050 (Cambridge: Cambridge University Press, 2001), S. 1-14.

Sollen die neue Agentur und der IT-Sicherheitsfonds nicht genau in diesem „Niemandland der Innovation“ enden, sind vier Schwerpunkte von besonderer Bedeutung:

### Klar kommunizieren

Wer disruptive Innovation fördern will, muss benennen, was er erreichen will. Als disruptiv gilt eine Innovation im Sicherheits- und Verteidigungsumfeld gemeinhin dann, wenn sie einen Bruch mit der bisherigen Entwicklung darstellt. Dieser Bruch soll demjenigen, der ihn erzielt, einen strategischen Vorteil bzw. einen Mehrwert im Einsatz vermitteln, den der Gegner nicht so schnell ausgleichen kann. In welchen Bereichen beispielsweise die Bundeswehr solche disruptive Innovation benötigt, lässt das Weißbuch offen – Gleiches gilt für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.

Ansatzpunkte sind vorhanden, müssen aber stärker kommuniziert werden: So hat das deutsche Heer jüngst zwei bemerkenswerte Konzeptpapier zum Landkampf der Zukunft und zur Digitalisierung von Landoperationen vorgelegt.<sup>13</sup> Die darin beschriebenen Szenarien eignen sich sehr gut als Basis eines strategischen Kommunikationsansatzes, der Herausforderungen benennt, auf Verwundbarkeiten hinweist und damit die Notwendigkeit von Ansätzen begründet, die grundlegend von Bestehendem abweichen. Für die innere Sicherheit bietet der jährlich erscheinende Bericht von Europol zu schwerer und organisierter Kriminalität eine ebenso gute Grundlage.<sup>14</sup> Dieser beschreibt eingehend, welche Vorteile kriminelle Organisationen aus neuen Technologien ziehen und bietet damit eine Grundlage, um zu begründen, worauf Sicherheitsbehörden antworten müssen.

### Leuchttürme schaffen

<sup>13</sup> Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig? (Strausberg: Kommando Heer, 2017); Digitalisierung von Landoperationen (Strausberg: Kommando Heer, 2017).

<sup>14</sup> Serious and Organised Crime Threat Assessment 2017 (The Hague: Europol, 2017), [www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-serious-and-organised-crime-threat-assessment-2017](http://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-serious-and-organised-crime-threat-assessment-2017).

„Sehen heißt glauben“ lautet ein bekanntes Sprichwort. Daher braucht vor allem die Agentur Projekte, die verdeutlichen, dass disruptive Innovation möglich ist. Leuchtturmprojekte als Demonstrationsvorhaben sind dabei zentral.

Zuerst geht es darum, alle Dimensionen der Innovation in den Projekten zu vereinen. Planungs- und Konzeptverantwortliche, Einsatzkräfte und technische Experten sind dazu unerlässlich – in der Definition der jeweiligen Vorhaben genauso wie in der Umsetzung. Dann gilt es, attraktive Themenstellungen zu identifizieren, so dass die Demonstrationsvorhaben auch medial genutzt werden können. Für Luftwaffe und Heer ist zum Beispiel die Frage relevant, wie sie künftig im urbanen Umfeld auf gegnerische Schwärme unbemannter Systeme am Boden und in der Luft reagieren werden. Wie erkennen sie, was auf sie zukommt? Wie schützen sie sich? Und wie gehen sie gegen diese Gefahr vor? Im Bereich der Strafverfolgung gilt das Interesse zunehmend dem Missbrauch digitaler Währungen. Das ist nicht nur eine Frage der Kriminalitätsbekämpfung, sondern hat auch eine internationale Dimension. Insbesondere dann, wenn es gelingt, mit Hilfe digitaler Währungen internationale Sanktionsregimes zu umgehen. Sicherheitsbehörden und Partner aus dem aufstrebenden FinTech-Bereich könnten mit gemeinsamen Lösungen gleichzeitig die nationale Sicherheitsvorsorge und die Glaubwürdigkeit digitaler Finanzplätze stärken.

### Ökosystem vorantreiben

Die Definition von Leuchtturmprojekten richtet die Aufmerksamkeit auf die Frage, wer eigentlich wie mit wem zusammenarbeiten soll. In der Theorie ist klar, dass Bedarfsträger wie Bundeswehr, Polizei oder Feuerwehr mit Partnern aus Wissenschaft und Industrie sowie Start Ups kooperieren müssen. In der Praxis stellt jedoch die Tatsache, dass jeder dieser Partner seine Arbeit an völlig unterschiedlichen Parametern ausrichtet, eine teilweise nicht überwindbare Hürde dar.

„Die Mischung macht's“ bedeutet in diesem Fall mindestens dreierlei: In den Projektteams müssen alle Partner zusammenarbeiten, denn nur so verstehen z.B. Konzeptentwickler und Einsatzkräfte, welchen Mehrwert neue technische Systeme bieten, und Ingenieure lernen, nach welchen Einsatzgrundsätze die von ihnen entwickelten Produkte eigentlich genutzt werden. Partnerschaft sollte auch für die Agentur gelten, denn wie lernen sich unterschiedliche Partner besser kennen als durch die dauerhafte angelegte Zusammenarbeit in einer Organisation. Sinnvollerweise wird daher jeder Partner eigene Fachkräfte in die neue Organisation entsenden, was im Kontext der Bundeswehr mit Blick auf die strikte Trennung zwischen Streitkräften und Bundeswehrverwaltung eine Herausforderung darstellt. Wichtig ist schließlich vor allem für die Wissenschaft und die Start Ups, dass deren Entwicklungen anschlussfähig sind. Kurze Wege in Richtung öffentliche Beschaffung und Überführung von Prototypen in die Serienentwicklung durch enge Verbindungen zu den Herstellern werden unerlässlich sein, um das berühmte „Tal des Todes“ zwischen Erfindung und Umsetzung zu überwinden.

### Märkte, Märkte, Märkte

Damit sind wir beim letzten und schwierigsten Punkt: Was langfristig zählt, um ein Ökosystem im wissenschaftlich-industriellen Umfeld am Leben zu halten ist Marktzugang. Genau hier liegt aber auch die größte Herausforderung. Als Beschaffer sind das Verteidigungs- und das Innenministerium insgesamt zu klein, um für Unternehmen eine attraktive Skalierbarkeit ihrer Produkte und damit Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg für Investoren zu gewährleisten. Die Möglichkeit, neue Produkte und Dienstleistungen auch in Drittmärkte exportieren zu können, ist entscheidend, vor allem dann, wenn wirklich disruptive Innovation dahintersteht.

Genau an dieser Stelle setzt die Politik, die disruptive Innovation für Sicherheit und Verteidigung möchte, jedoch bislang die falschen Anreize. Restriktivere Ex-

portbestimmungen für Güter der Sicherheit und Verteidigung und digitale Produkte laufen dem eigentlichen Bestreben von ADIC entgegen: Niemand wird ernsthaft in disruptive Innovation investieren wollen, wenn er weiß, dass die entsprechenden Lösungen nicht exportiert werden können.

Und noch ein Aspekt ist wichtig: Entstehen in diesem neuen Ökosystem erfolgreiche Produkte, werden die entsprechenden Unternehmen für ausländische Investoren relevant. Der IT-Sicherheitsfonds aus dem Koalitionsvertrag erscheint dabei wie der weiße Reiter, mit dessen Hilfe die Bundesregierung möglicherweise unliebsame Übernahmen verhindert. Diese Verbindung von Industrie mit Sicherheitspolitik ist im Kern zu begrüßen. Die Politik wird aber knifflige Fragen beantworten müssen. Versteht sich die Bundesregierung als strategische Investorin, die Unternehmensanteile halten will? Welche Summen will die Bundesregierung für den Schutz sicherheitsrelevanter Steuergelder aufwenden? Und besteht zwischen dem möglichen Investment in Unternehmen und deren Streben in Exportmärkte sowie der Genehmigungspflicht von Exporten nicht zwangsläufig ein ordnungspolitisches Dilemma, das die Bundesregierung unter Zugzwang setzen wird?

*Dr. Heiko Borchert*

Dr. Heiko Borchert ist Inhaber und Geschäftsführer der auf strategische Sicherheitsthemen spezialisierten Borchert Consulting & Research AG. Twitter: @HeikoBorchert.  
Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

## THEMEN

### Präsidentchaftswahl in Russland

Am 18. März finden in Russland Präsidentschaftswahlen statt. Es wurden vom Kreml folgende Hauptkriterien für die Wahlkampagne formuliert: Erstens soll die Wahl im Vergleich zu allen vorherigen die „sauberste sowie eine transparentere und legitimere“ werden. Zweitens müsse Putin mehr Stimmen erhalten als bei allen vorhergehenden Wahlen, sowohl was die Ja-Stimmen betrifft als auch hinsichtlich der Wahlbeteiligung.<sup>15</sup>

Es besteht kein Zweifel, dass Wladimir Putin die Wahl höchstwahrscheinlich gleich im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewinnt, denn er hat keinen ernstzunehmenden Konkurrenten. Doch der Kreml ist ehrgeizig: Putin soll bei der Wahl die Ergebnisse von 2000 (52,99%), 2004 (71,31%) und 2011 (63,60%) übertreffen. Die Präsidentschaftswahl soll sozusagen Referendumscharakter bekommen: „Vertrauen zum nationalen Führer“. Nach Auskunft von zwei Gesprächspartnern im Kreml besteht die Aufgabe darin, „dass bei den Leuten nicht das Gefühl entsteht, dass es nicht notwendig ist, zur Wahl zu gehen, wenn der Präsident sowieso gewählt wird“.

Ein hoher Prozentsatz von Ja-Stimmen, aber eine niedrige Wahlbeteiligung wäre ein schlechtes Szenario, denn Russland ist eine Präsidentschaftsrepublik. Deshalb soll eine hohe Wahlbeteiligung erreicht werden. Bei der letzten Präsidentschaftswahl 2012 betrug die Wahlbeteiligung 65,3%, und im Jahr 2000 sogar 68,7%. Anders ist das bei der Staatsdumawahl, bei der die Wahlbeteiligung nicht so wichtig ist. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Staatsdumawahl 2016 belief sich auf 47,8%.

Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, soll laut einem Expertentref-

fen in der Präsidentschaftsadministration die Möglichkeit geschaffen werden, die Abstimmung am Aufenthaltsort des Wählers zu vereinfachen sowie die Anzahl der Wahllokale zu verdoppeln. Für den Fall, dass der Wähler die Briefwahlunterlagen nicht erhalten hat – einen Monat vor dem Wahltag hätte das laut Gesetz zu geschehen –, aber doch zum Wahllokal kommt, sollte die Möglichkeit eröffnet werden, ihn in die Wählerliste seines Wohnorts einzutragen, was bisher nicht möglich ist, weil er als Briefwähler gilt.

Im Januar begann die Präsidentschaftsadministration damit, Vertreter in die Regionen zu entsenden, um die Durchführung von Mobilisierungskampagnen zu überwachen.<sup>16</sup> Sie sollen Umfragen durchführen zu Themen, die für die Wähler von Interesse sind wie z.B. die städtebauliche Entwicklung und der Wohnkomfort. Ende Januar wiesen die Regionen die kommunalen Dienstleistungszentren an, jede Wohnung aufzusuchen und die Bürger aufzufordern, zur Wahl zu gehen. Große Industrieunternehmen verpflichten ihre Mitarbeiter, zur Wahl zu gehen und ihre Angehörigen von der Wahlteilnahme zu überzeugen.<sup>17</sup> Die Regionen sind in den „Kampf um die Wahlbeteiligung“ eingetreten, doch es soll keine Anweisungen für die Höhe der Wahlbeteiligung geben, was offensichtlich früher üblich war.

Eine Umfrage um die Jahreswende 2017/2018 des Moskauer Meinungsforschungsinstituts WZIOM, deren Ergebnisse Mitte Januar veröffentlicht wurden, ergab, dass 67% sicher ja und 11% eher ja an der Präsidentschaftswahl teilnehmen werden.<sup>18</sup> Zusammen würden demnach 78% zur Wahl gehen. Für Putin würden 73,8% stimmen.

Die vierte Amtszeit Putins als Präsident wird von 2018 bis 2024 dauern. Im Rahmen des diesjährigen Gaidar-Forums Mitte Januar in Moskau, das nach dem ersten Ministerpräsidenten Jegor Gaidar unter Jelzin benannt ist, fand ein Runder Tisch zum Thema „Politi-

<sup>15</sup> [www.kommersant.ru/doc/3225097](http://www.kommersant.ru/doc/3225097),  
[www.vedomosti.ru/politics/articles/2017/02/21/678532-pobeda-putina-viborah-2018](http://www.vedomosti.ru/politics/articles/2017/02/21/678532-pobeda-putina-viborah-2018),  
[www.mk.ru/politics/2017/02/21/v-2018-godu-putina-budet-eshhe-bolshe.html](http://www.mk.ru/politics/2017/02/21/v-2018-godu-putina-budet-eshhe-bolshe.html)

<sup>16</sup> [www.kommersant.ru/doc/3521712](http://www.kommersant.ru/doc/3521712)

<sup>17</sup> [www.kommersant.ru/doc/3528789](http://www.kommersant.ru/doc/3528789)

<sup>18</sup> [wciom.ru/index.php?id=236&uid=116634](http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116634)